



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Jugendhilfeausschuss	21.12.2023	öffentlich	Bericht

**Betreff:**  
**Bericht zur Haushaltskonsolidierung**

**Anlagen:**  
3.1 Sachstandsbericht

**Bericht:**  
Im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2023 ist ein Personalkosteneinsparungspaket mit Fokus auf Stelleneinsparungen beschlossen worden. Das Konzept sieht die Einsparung von 36 Vollkraftstellen für das Jugendamt bis zum Jahr 2026 vor. Dies entspricht einem Konsolidierungsbeitrag im Umfang von ca. 2,5 Mio. Euro. Vorgabe bis dahin ist, 11% der Stellen mit Konsolidierungsvermerk im Geschäftsbereich bis zum dauerhaften Einzug der Stellen frei zu halten. Die Geschäftsbereiche sind für die Erreichung der Einsparziele verantwortlich und sind verpflichtet, diese aktiv zu steuern. Der vorliegende Bericht beleuchtet den aktuellen Sachstand und zeigt mögliche Auswirkungen der geforderten Stellenstreichungen auf.

**1. Finanzielle Auswirkungen:**

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

**Gesamtkosten**

€ **Folgekosten** € pro Jahr

dauerhaft  nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv € davon Sachkosten € pro Jahr

davon konsumtiv € davon Personalkosten € pro Jahr

**Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?**

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja  
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:**

- Nein (→ weiter bei 3.)  
 Ja  
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans  
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von                   Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)  
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

**2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja  
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**3. Diversity-Relevanz:**

- Nein  
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Leistungen des Ref. V und seiner Dienststellen tragen u.a. dazu bei, Benachteiligungen auszugleichen und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Hierzu werden ausreichend Ressourcen benötigt.

**4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:**

- RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

